

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und Handels-Zeitung

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Umkreis jährlich 120 Mark, monatlich 10 Mark, vierteljährlich 28 Mark, halbjährlich 55 Mark, jährlich 100 Mark. Für den Auslandskreis jährlich 150 Mark, monatlich 12 Mark, vierteljährlich 35 Mark, halbjährlich 65 Mark, jährlich 120 Mark. Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksrates der Stadt Leipzig, des Reichsgerichts Leipzig, sowie verlässliche andere Nachrichten.

Anzeigenpreis: für den Leipzig- und Umkreisgebiet 100 Mark, für den Auslandskreis 150 Mark. Die Anzeigenpreise sind für die ersten 100 Zeilen in der ersten Spalte festgesetzt. Für die zweite Spalte sind die Preise um 25 Prozent, für die dritte Spalte um 50 Prozent, für die vierte Spalte um 75 Prozent, für die fünfte Spalte um 100 Prozent, für die sechste Spalte um 125 Prozent, für die siebente Spalte um 150 Prozent, für die achte Spalte um 175 Prozent, für die neunte Spalte um 200 Prozent, für die zehnte Spalte um 225 Prozent, für die elfte Spalte um 250 Prozent, für die zwölfte Spalte um 275 Prozent, für die dreizehnte Spalte um 300 Prozent, für die vierzehnte Spalte um 325 Prozent, für die fünfzehnte Spalte um 350 Prozent, für die sechzehnte Spalte um 375 Prozent, für die siebzehnte Spalte um 400 Prozent, für die achtzehnte Spalte um 425 Prozent, für die neunzehnte Spalte um 450 Prozent, für die zwanzigste Spalte um 475 Prozent, für die einundzwanzigste Spalte um 500 Prozent, für die zweiundzwanzigste Spalte um 525 Prozent, für die dreiundzwanzigste Spalte um 550 Prozent, für die vierundzwanzigste Spalte um 575 Prozent, für die fünfundzwanzigste Spalte um 600 Prozent, für die sechsundzwanzigste Spalte um 625 Prozent, für die siebenundzwanzigste Spalte um 650 Prozent, für die achtundzwanzigste Spalte um 675 Prozent, für die neunundzwanzigste Spalte um 700 Prozent, für die dreißigste Spalte um 725 Prozent, für die einunddreißigste Spalte um 750 Prozent, für die zweiunddreißigste Spalte um 775 Prozent, für die dreiunddreißigste Spalte um 800 Prozent, für die vierunddreißigste Spalte um 825 Prozent, für die fünfunddreißigste Spalte um 850 Prozent, für die sechsunddreißigste Spalte um 875 Prozent, für die siebenunddreißigste Spalte um 900 Prozent, für die achtunddreißigste Spalte um 925 Prozent, für die neununddreißigste Spalte um 950 Prozent, für die vierzigste Spalte um 975 Prozent, für die einundvierzigste Spalte um 1000 Prozent.

Nr. 64

Sonnabend, den 5. Februar

1921

Die wirtschaftlichen Folgen der Pariser Beschlüsse

Von John Maynard Keynes.

Der durch seine Kritik am Versailler Vertrag bekannte englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes hat im "Manchester Guardian" die Pariser Beschlüsse kritisch beleuchtet. Wir geben seinen Aufsatz, der auch in Deutschland Beachtung verdient, hier in wörtlicher Uebersetzung wieder, jedoch unter Weglassung der Einleitung, in der er nur die unseren Lesern bekannten, Forderungen der Alliierten zusammenfaßt.

Vor dem Krieg betrug die deutsche Ausfuhr ungefähr zehn Milliarden Mark jährlich, und die Einfuhr war noch etwas höher. Zu heutigen Preisen wäre dieselbe Ausfuhr mehr als 20 Milliarden Goldmark wert. Nun ist es klar, daß Deutschland den festen Teil der Leistungen unmöglich anders als durch Entwicklung eines riesigen Ausfuhrhandels wird zahlen können. Denn seine Ausfuhr muß seine Einfuhr wenigstens um die Summe übersteigen, die es zahlen soll; und viele seiner Ausfuhrgegenstände — z. B. Metall- und Textilwaren — können überhaupt nur erzeugt werden, wenn die Rohstoffe dafür (oder wenigstens ein großer Teil davon) zuvor eingeführt wurden. Ich glaube nicht, daß irgendwer ernsthaft behaupten wird, Deutschland sei in der Lage, seine Ausfuhr Jahr für Jahr und unausgesetzt auf einer Höhe zu erhalten, die seine Einfuhr um, sagen wir einmal, 40 v. H. übersteigt. Das heißt, um ein zahlenmäßiges Beispiel zu geben: Wenn Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von 4 Milliarden Goldmark haben soll, so muß seine Gesamtausfuhr wenigstens 14 Milliarden Goldmark betragen. Zwölf Prozent dieser Summe ergeben 1,68 Milliarden Goldmark.

Es wird somit klar, daß die veränderliche Verpflichtung ungeheuer groß ist. Mit einer Gesamtausfuhr von 14 Milliarden Goldmark gegen eine Einfuhr von 10 Milliarden, d. h. also mit einem Ausfuhrüberschuß von 4 Milliarden Goldmark, könnte Deutschland gerade eine feste Summe von 2,32 Milliarden und eine Ausfuhrabgabe von 1,68 Milliarden zahlen, was zusammen 4 Milliarden Goldmark ergibt. Das will heißen, daß ein Handel dieser Höhe schon nahezu für die Zahlung der während der ersten beiden Jahre verlangten kleinsten Rate von 2 Milliarden Goldmark zusätzlich der Ausfuhrabgabe notwendig sein wird. Es ist schwer, sich Zahlen vorzustellen, die die vorgeschlagene Normalzahlung von 6 Milliarden Goldmark mit der Ausfuhrabgabe gestatten. Aber man kann mit einiger Sicherheit sagen, daß die zwölfpromtente Abgabe von einer Ausfuhr, die einen Ueberschuß von 6 Milliarden Goldmark abzuwerfen imstande wäre, ganz gewiß den Betrag von 2 Milliarden Goldmark übersteigt. Die Vorschläge der Pariser Konferenz für die normale periodische Zahlung belaufen sich daher auf eine Forderung von mehr als 8 Milliarden Goldmark jährlich: das ist das Doppelte der höchsten Zahl, die, soweit meine Kenntnis reicht, irgendeine sachkundige Persönlichkeit in England oder in den Vereinigten Staaten jemals zu recht fertigen versucht. Es sei aber daran erinnert, daß Deutschland, nach den letzter veröffentlichten Statistiken, gegenwärtig ein Ausfuhrdefizit hat.

Die Pariser Vorschläge können daher nicht ernstlich gemeint sein, als es der ursprüngliche Vertrag war. Sie stellen nur einen neuen Zug in einem Spiele dar, auf den die Spieler selbst ganz gewiß nicht mehr hereinfallen. Lloyd George glaubt, daß er etwas erreicht habe (und hat vielleicht auch etwas erreicht), wenn es seiner Ueberredungskunst gelingt, Herrn Briands Zustimmung dazu zu erlangen, daß 2+2 nicht = 12, sondern nur = 8 sei. Und Herr Briand hofft, daß seine Verdröhnlichkeit in der französischen Kammer doch noch erreichen werde, die 8 so beständig anzupreisen, daß er jedes Plädoyer des Herrn Poincaré, wieviel besser es für Frankreich wäre, wenn 2+2=12 wäre, damit übertrumpfen könne. Ich zweifle, ob es jemals in aller Geschichte etwas Ueberredung gegeben hat. Man diagnostiziert es vielleicht am besten als Folge jener unglückseligen Entwicklung dessen, was wir als Propaganda zu bezeichnen gelernt haben. Dieses Angeheuer ist der Herrschaft seiner Urheber entgiltet: davon allein rührt die außerordentliche Lage her, daß die mächtigsten und intelligentesten Staatsmänner der Welt — unter dem Zwange von Rädern, denen sie sich nicht entziehen können — genötigt sind, sich Tag für Tag zusammenzufinden, um die Einzelheiten von Unmöglichkeit zu verhandeln.

Es wäre leicht, nun noch darzulegen, wie Deutschland, wenn es den riesigen Ausfuhrhandel, den die Pariser Vorschläge im Auge haben, wirklich erreichen könnte, nur dadurch dazu in der Lage sein könnte, daß es einen Teil des englischen Stapelhandels von den Weltmärkten verdrängt. Für welche Art Ausfuhrgegenstände können wir fragen — Ausfuhrgegenstände, die über seine gegenwärtige Ausfuhr hinausgehen —, wird Deutschland im Jahre 1922 (weil wir wollen wir zunächst gar nicht denken) Märkte solchen Umfangs finden, daß es imstande wäre, einschließlich der Ausfuhrabgabe, die es in diesem Jahre zu zahlen haben wird, Beträge von 3-4 Milliarden Goldmark abzuführen? Deutschlands fünf Hauptausfuhrgegenstände vor dem Kriege waren Eisen und Stahl, Maschinen, Kohlen und Koks, Wolllwaren und Baumwollwaren. Welcher dieser Handelszweige wird es, nach der Pariser Meinung, auf eine noch nicht dagewesene Höhe bringen? Oder wenn nicht diese: welche anderen? Und wie soll es die Finanzierung der Rohstoff-einfuhr bewerkstelligen, die (außer bei Kohle und Koks) Vorbereitung der Verarbeitung ist — wie soll es die Finanzierung bewerkstelligen, wenn die ersten Warenerlöse nicht mehr zur Rückzahlung der Kredite verfügbar sind? Ich stelle diese Fragen für das Jahr 1922, weil viele Leute irrthümlicherweise glauben, daß, während die vorgeschlagene Regelung für die späteren Jahre fraglich sei — nur die Zeit könne das erweisen —, doch wenigstens eine Art durchführbaren Anfangs mit ihr gemacht sei. Diese

Keine Hoffnung auf Amerika

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In einer Berliner Mittagszeitung, von der man weiß, daß gewisse Fäden zu einer Entente-Kommission in Berlin hinüberlaufen (es handelt sich um die "Neue Zeit"), wird heute die angebliche Aeußerung eines Mitgliedes der deutschen Regierung über die Vorbereitungen für London erzählt. Es kann mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß kein Mitglied der deutschen Reichsregierung eine derartige Darstellung dem Verdrähte Raum, daß dieser Bericht einen Versuchsbau darstellt, wozu die Regierung über die Einmischungsmöglichkeit der Ententschloffen in Berlin auf die gegenwärtige politische Lage auch eine gewisse Berechnung gibt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß ein deutsches Regierungsmitglied die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Amerika und die neutralen Staaten Einspruch gegen das Diktat der Alliierten erheben werden. Im Gegenteil glaubt man in Regierungskreisen entschieden vor jedem unangebrachten Optimismus nach dieser Richtung warnen zu müssen, insbesondere was Amerika anbelangt. Die Haltung der amerikanischen Presse gegenüber dem Vorschlag der 12prozentigen Ausfuhrabgabe geht offenbar auf rein amerikanische geschäftliche Interessen zurück und dürfte auf die amerikanische Politik nicht so viel Einfluß ausüben, um sie zu einer Intervention zu veranlassen. Die in einigen politischen Wäutern Amerikas zum Ausdruck gebrachte Absicht, den Friedensvertrag zu ratifizieren, zugleich aber den Völkerverbündnisvertrag vollkommen abzulehnen, würde, wenn diese zur Ausführung käme, durchaus nicht günstig für Deutschland sein, da dieser Annex die einzige Sicherung des Friedensvertrages darstellt.

„Die Deutschen scheinen zu glauben“

London, 4. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die "Times" schreiben: Die Sanctionen werden auferlegt werden, wenn Deutschland entweder die Beschlüsse über die Entwertung oder die über den Schadenersatz nicht zur Ausführung bringt. Die Deutschen scheinen zu glauben, daß die finanziellen Bedingungen von Paris als Vorbehalt zu betrachten seien, aber sie wissen sehr gut, daß diese Bedingungen Beschlüsse sind. Sie können in London Reden halten wie sie in Spa Reden hielten, aber man wird ihnen nicht glauben, daß sie durch Unterhandlungen eine völlige Revision des Friedensvertrages erzielen.

London, 4. Februar. "The Westminster Gazette" spricht über die Erklärung des Reichsministers Simons mit Bezug auf die Entwertung. Das Blatt sagt, die Alliierten hätten es in der Hand, Deutschland Strafen aufzuerlegen; wenn jedoch eine tatsächliche Wiedergutmachung erzielt werden sollte, so müßte sie das Ergebnis einer Art von Uebereinkunft sein. Jetzt sei die Reihe an den Deutschen, ihre eigenen Vorschläge vorzulegen. Diese würden jedoch wenig Nutzen haben, wenn sich die Deutschen ebenfalls nach einer Seite vertrieben, wie dies die Alliierten nach der anderen Seite getan hätten. Die Deutschen lägen gut, endlich die Höchstpunkte, die sie zu zahlen in der Lage sind, zu erwägen und ihren Standpunkt dann eingehend zu begründen.

Briands schlechtes Gedächtnis

Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In politischen Kreisen Berlins weilt man die Aeußerung des französischen Ministerpräsidenten Briand in der französischen Kammer, Deutschland schulde Frankreich beträchtliche Summen, mit Entschiedenheit zurück. Es könne keine Rede davon sein, daß Frankreich bisher Deutschland Geld vorgeschossen habe, mit dem es seine Wiederaufbaukosten bezahle. Der französische Ministerpräsident scheint sich offenbar nicht mehr der deutschen Darstellung von 20 Milliarden Goldmark zu erinnern und zu vergessen, daß Frankreich in den deutschen Kolonien und anderen deutschen Besitzthümern reale Pfänder in der Hand hat, die den Wert der bisher entnommenen französischen Wiederaufbaukosten bei weitem übersteigen.

Fragen sind ernst und praktisch, und sie verdienen beantwortet zu werden. Wenn die Pariser Vorschläge mehr als Wind sind, so bedeutet sie, daß die Kanäle des internationalen Handels voll kommen umgebaut werden müssen. Wenn beabsichtigt wird, irgend etwas auch nur entfernt ihnen Gleichkommendes tatsächlich durchzuführen, so sind die Rückwirkungen auf den Handel und die Industrie Englands unübersehbar. Es ist eine Schande, daß sie in der pökehaften Manier zustande kamen, von der uns die Pariser Meldungen berichten.

Nach einer anderen Seite der Sache verdient Erwähnung. Eine Summe von vier Milliarden Goldmark — um den Betrag zu nehmen, der in ziemlich unmittelbarer Nähe steht — stellt beim gegenwärtigen Valutastand mehr als 50 Milliarden Papiermark dar. Die gegenwärtigen Einkünfte der deutschen Reichsregierung betragen etwa 30 Milliarden, ihre Ausgaben etwa 100 Milliarden. Der deutsche Finanzminister wird also, wenn er seine Schulden bezahlen soll, vor dem Problem stehen, seine Einnahmen zu verdreifachen und seine Ausgaben gleichzeitig um die Hälfte zu kürzen. Und einige Jahre später wird er seine Einkünfte wiederum verdoppeln müssen. Wiederum befinden wir uns in der Region der Phantastik.

Und wenn er es nicht tut, was wird dann geschehen? Einige Zeitungen meinen, dann werde die Reparationskommission eingreifen, die Zölle erheben und die Steuern eintreiben. Welche Verjüngung für diesen Finanzminister, sie zu bitten, es doch sofort zu tun! Der Vorschlag ist, wenn er tatsächlich gemacht worden ist, ein glänzendes Beispiel dafür, daß jeder Gedanke, wenn der Geist erst einmal den festen Boden verlassen hat und in den Sphären der Einbildung herumirrt, genau ebenso gut ist wie jeder andere.

Nichtsdestoweniger bedeutet die Verlegung von Ueberlegungen über wirklich durchführbare Leistungen einen großen Triumph Lloyd Georges auf dieser Konferenz. Er hat sich nur denjenigen französischen Wünschen gefügt, die unmöglich verwirklicht werden können; und es ist ihm bisher gelungen, seine Einwilligung in Dinge, die verwirklicht werden können, zurückzuhalten. Es ist noch nicht ganz klar, welche Beziehungen man zwischen neuen Vorschlägen zu dem Vertrag selbst heimlich, Offensichtlich

Die bayerischen Quertreiber ruhen nicht

E. E. Berlin, 4. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Erklärung der Regierungspartei, die der demokratische Abgeordnete am Mittwoch im Reichstag abgegeben hat, war auch mit der bayerischen Volkspartei vereinbart und in freiem Namen vorgelesen worden. Wenn es in dieser Erklärung hieß, man wolle in der Entwertungsforderung die im Friedensvertrag und in Spa übernommenen Verpflichtungen loyal ausführen, so war in dieser Fassung ein Kompromiß mit der bayerischen Volkspartei zu erkennen. Aber auch diese vorsichtige Fassung versprach doch offenbar Entgegenkommen, während nur die Deutschenationalen als einzige Partei jedes Entgegenkommen ablehnen wollen.

Jetzt liegt nun eine Anstiftung aus Kreisen der bayerischen Volkspartei aus München vor, in der gefagt wird, daß die Reichsregierung anscheinend zu nutzlosem, unglücklichem Entgegenkommen in der Entwertungsforderung bereit sei. Wir meinen, die bayerische Volkspartei habe ganz genau gewußt, wie weit die Regierung nachzugeben gedankt, als die Forderung ihre Zustimmung zu der vereinbarten Erklärung der Koalitionsparteien gab. Daß die Reichsregierung etwa inzwischen sich zu einem weiteren Entgegenkommen entschlossen habe, ist durchaus nicht anzunehmen. Es scheint also, als ob die bayerische Volkspartei Lust zu Seitensprüngen habe; denn sie erklärt weiter, daß Deutschland die im Friedensvertrag und in Spa übernommenen Verpflichtungen (dies ist lokal durchgeföhrt habe, daß zu tun nichts mehr übrigbleibe. An dem vorläufigen Bestand der bayerischen Entwertungserklärung dürfe nicht gerüttelt werden. Nun, das Wort "vorläufig" ist dehnbar. Wir glauben allerdings, daß die Reichsregierung und auch die Koalitionsparteien der Meinung sind, daß um die bayerischen Einwohnern einen so schweren Kompromiß mit der Entente nicht riskiert werden darf, und es ist anzunehmen, daß auch Bayern sich der allgemeinen Ueberzeugung fügen wird, wenn sie ihr in der in diesen Tagen zusammenkommenden Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten nahegebracht wird. Auch Herr von Kahr wird ja zu diesem Zwecke nach Berlin kommen. Er wird sich überzeugen, daß hier überwiegend die Meinung der bayerischen Volkspartei, wonach es eine Verschlepptheit in der Reparations- und in der Entwertungsforderung nicht gebe, nicht geteilt wird. Man ist vielmehr in allen maßgebenden Kreisen der Meinung, daß die Bedeutung der wirtschaftlichen Umstellungen unvergleichlich viel größer ist, als die der militärischen. Wenn die angeführte Stimme der bayerischen Volkspartei weiter andröhrt, es würde eine Spannung zwischen Bayern und dem Reich entstehen, falls man diese beiden Fragen verschieden behandeln wolle, so ist das gerade jetzt außerordentlich zu bedauern.

Das „Kein“ des bayerischen Kabinetts

München, 4. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Heute vormittag fand ein Ministerrat über die Pariser Beschlüsse statt, zu dem sämtliche Minister versammelt waren. Es handelte sich darum, dem bayerischen Ministerpräsidenten v. Kahr, der heute abend zu der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin fährt, das einstimmige Nein des Ministerrates mit auf den Weg zu geben.

Am Sonnabend wird der Stadtrat München in einer öffentlichen Sitzung gegen die Pariser Beschlüsse protestieren. Die sozialdemokratische Partei Münchens veranstaltet eine Protesthandlung am Sonntag vormittag.

Schlehen sie ihn beiseite. Sie führen Dinge ein, die im Vertrag nicht vorgesehen sind, sie erfordern daher Deutschlands Zustimmung zu einem neuen Vertrag. Es ist nicht möglich, ihre geldliche Last genau mit derjenigen des Friedensvertrages zu vergleichen. Ich glaube, daß sie etwas geringer sind — wenn ich eine Schätzung wagen darf: zwei Drittel oder drei Viertel der Vertragsforderung. Aber solange sie übermäßig sind, verschlägt es nichts, wie hoch das genaue Maß ihrer Uebermäßigkeit sei. Solange unsere Forderungen mit den Tatsachen nichts zu tun haben, ist ihre genaue Form bedeutungslos. Diese Vorschläge bringen uns also der Lösung des europäischen Problems nicht näher. Die betroffenen Parteien sind hinsichtlich ihrer Berechnung dessen, was Deutschland wirklich zahlen wird, nicht besser gestellt, als zuvor und können keinerlei Pläne darauf aufbauen. Die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens ist für eine spätere Zeit verlagert. Der nächste Akt des Schauspiels wird erst Ende Februar anheben, wenn die Konferenz in London, bei der deutsche Vertreter anwesend sein werden, beginnt. Diese wenigstens werden die Frage voraussichtlich ernst behandeln. Denn alles, was sie jetzt unterschreiben, wird mehr moralisches Gewicht haben, als der Vertrag selbst jemals haben kann. Vielleicht rechnet Lloyd George damit, daß ihm dies eine neue Ansicht bieten werde, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Er glaubt vielleicht, daß er die Franzosen einen Schritt auf seinem Wege mitgeschleift habe und daß das sehr geschickt von ihm gewesen sei; daß seine Kritiker launig und ungenau seien, und daß er, wie gewöhnlich, sein Bestes tue.

Aber wir werden niemals der Schlinge entrinnen, in die wir uns durch Schiebungen und Tricks selbst verwickeln. Sicher wird die Wahrheit eines Tages an Licht kommen. Für eine Lage wie die gegenwärtige gibt es aber keinen anderen Weg, als sie offen zu bekennen. Der Gedanke an die beiden Premierminister, die sich in Paris über törichte Formeln den Kopf zerbrechen — Formeln, deren Torheit sie genau kannten —, der Gedanke an Herrn Loucheur, der dabei geschäftig zwischen den beiden umher schmeichelte, dieser Gedanke ist für jeden, der seine Bedeutung versteht, nichts anderes als der Gedanke an einen kauderwälschen Alpdruck.

Stadtverordnetenwahlen

Sofortige Neuwahlen oder allgemeine Regelung?

Das Leipziger Stadtparlament stimmt in seiner letzten Zusammenkunft aus den Tagen der Umwälzung, als die Wogen der politischen Erregung noch ziemlich hoch gingen. Zwei Jahre sind darüber ins Land gegangen, und im Staate sowohl als auch im Reiche haben inzwischen mehrfache Veränderungen in der Politik und in der politischen Zusammensetzung der Parlamente und Regierungen stattgefunden. Auch in mehreren Gemeinden Sachsens sind in der letzten Zeit Neuwahlen der Gemeindevertretungen vorgenommen worden. In Leipzig ist vorläufig alles beim Alten geblieben, obgleich schon wiederholt in den Sitzungen das Thema "Neuwahlen" in die Debatte geworfen wurde. Nach dem Ausfall der Reichs- und Landtagswahlen ist es begreiflich, daß die Herrschaften auf der äußersten Rechten — der Ausdruck trifft für Leipzig nicht ganz zu, da hier die Deutschnationalen in der Mitte sitzen — den Ruf nach Neuwahlen immer lauter erheben.

Wenn sich der Wunsch nicht so schnell hat verwirklichen lassen, als man gern möchte, so liegt das an dem Ortsgesetz der Stadt Leipzig, in dessen § 1 es heißt: Die Wahl erfolgt auf so lange, bis eine anderweitige gesetzliche Regelung eintritt. Anders Gemeinden hatten die Amtsdauer auf eine bestimmte Zahl von Jahren festgesetzt, so daß diejenigen, die eine kurze Zeit vorfahren, inzwischen Neuwahlen vornehmen konnten. Bei uns hat der Rat wahrscheinlich sich deswegen an keine bestimmte Frist gebunden, weil er geglaubt hat, daß die Neuordnung der Gemeinde-Verfassung nicht allzulange auf sich warten lassen würde. Die politischen Ereignisse haben aber diese Neuordnung sehr verzögert, und es läßt sich auch heute noch nicht mit Bestimmtheit sagen, wann diese Vorlage zur Verabschiedung kommen wird. Die Deutschnationalen wollen aber nicht so lange warten. Wenn man ihnen auch zugestehen muß, daß der gegenwärtige Zustand durchaus nicht ideal ist, so darf man doch nicht vergessen, daß wir uns in einem Uebergangsstadium befinden, welches sich durch die politische Entwicklung auf eine längere Zeit erstreckt, als man allgemein erwartet hatte. Dafür müssen sie sich in erster Linie bei den ihnen nahestehenden Leuten bedanken, die die friedliche Entwicklung im März 1920 gemaßsam unterbrochen. Wahrscheinlich wären die Dinge sonst schon weiter geblieben.

Nun haben die Deutschnationalen im sächsischen Landtag am Mittwoch einen Antrag über die Vornahme von Neuwahlen eingebracht, nach dem die Regierung ein Uebergangsgesetz schaffen soll, um eine baldige Neuwahl der Stadtvertretungen vornehmen zu können, die vor dem 10. Februar 1919 gewählt sind. Der Leipziger Stadtverordnete Werner hat den Antrag ausführlich begründet und den jetzigen Zustand als unhaltbar bezeichnet. Wenn es auch richtig ist, daß die heutige Zusammensetzung in Leipzig 3. B. nicht mehr ganz dem Willen der Einwohnerschaft entspricht, so muß man doch dabei die Frage aufwerfen, ob es denn zweckmäßig wäre, eine sofortige Neuwahl vorzunehmen. Wie der Minister des Innern Einsicht ausgeführt hat, will man das Gemeindegewalt nicht vor der Einbringung der Gemeindeordnung verabschieden, und er hat in Aussicht gestellt, daß dies noch vor den Sommerferien möglich sein wird. Danach würden dann die Neuwahlen spätestens im November der nächsten Jahres erfolgen können. Was würde es nun für einen Zweck haben, vor dieser Regelung ein neues Stadtverordnetenkollegium zu wählen? Das neu gewählte Parlament würde eine sehr kurze Lebensdauer haben, da es bei der Neuordnung doch wieder der Auflösung andeuln müßte. Wir würden also innerhalb kurzer Frist zweimal zur Wahlurne gehen müssen, was ein Sinken der Wahlbeteiligung zweifellos zur Folge haben würde, außerdem muß man doch auch bedenken, welche gewaltigen Kosten heute die Wahlen verursachen. Ein großer Aufwand an Zeit, Geld und Arbeit wäre nutzlos veran. Schon aus diesen Gründen ist es nicht ratsam, sofortige Neuwahlen vorzunehmen, wenn gleich eine Aenderung der Verhältnisse durchaus wünschenswert erscheint.

Wahl mitbringen, um sie hier an das Privatpublikum zu weit höheren Preisen zu verkaufen, als für solche Gegenstände in den Leipziger Soldatengeschäften gebräuchlich sind. Es ist auch vorgekommen, daß gewissenlose Verkäufer nicht davor zurückschrecken, das Warenpublikum auch noch zu betrügen. Ein Vorteil für das Privatpublikum durch Neuwahlkäufe liegt also nicht vor. Die meisten Aussteller halten es auch ihrerseits für unwürdig, Neuwahlkäufe an Private abzugeben und haben deshalb Maßnahmen zur Verhinderung der Veräußerung durch das Privatpublikum getroffen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Aussteller sich diesen Maßnahmen schnellstens anschließen, denn sie müßten doch selbst wissen, daß sie erstens zur Wandlergeheuer bezogen werden und zweitens wegen Umgehung der Gewerbesteuer sich strafbar machen. Besonders zu erwähnen ist aber noch, daß laut Mietsvertrag der Stand in diesem Falle sofort gekündigt werden kann und daß sich in Leipzig im Verein mit den soliden Ausstellern, dem Reichamt und dem Einzelhandel eine Ueberwachungs-Kommission gebildet hat, die von der nächsten Messe ab zur Verhütung dieser Veräußerungen und den glatten Wählerverkehr schädigende Umstände des Neuwahlverkaufs an Private streng warnt.

Die Sammlung "Deutsche Kinderhilfe" geht zu Ende und hat wieder einmal gezeigt, daß in Leipzig trotz aller Erschwernisse der Gegenwart noch Wohlwollen und Liebe für die hilfsbedürftigen Kinder unseres Volkes vorhanden ist. Zu solchen der Hilfe in besonderer Maße bedürftigen Kindern gehören vor allem auch die Kriegswaisen, deren Vater Leb und Leben dem Vaterlande geopfert haben. Dieser Kinder nimmt sich bekanntlich in besonderer Weise die hiesige Kriegspatenschaft an. Ihr ist auch für das neue Kalenderjahr 1921 von der Kreis-Kriegspatenschaft Leipzig die Genehmigung zur Weitersammlung und zur Gewinnung von Kriegspatenten erteilt worden. Damen und Herren, die geneigt sind, eine Kriegspatenschaft zu übernehmen, wollen die Freundlichkeit haben, dies der Geschäftsstelle für Kriegspatenschaft, Peterssteinweg, Amtsgericht, Erdgeschoss, Zimmer 48, mitzuteilen. Noch immer sind fast 400 während des Krieges geborene Kriegswaisen ohne Kriegspatent!

Verkehr der Handelskammern mit ausländischen Konsulaten. Seit Jahren bemühen sich die sächsischen Handelskammern um die Ermächtigung, auch mit den Vertretungen der fremden Regierungen unmittelbar verkehren zu können. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, eine Verordnung zur weiteren Ausübung des Verkehrs vom 1. August 1920 betr. die Handels- und Gewerbesteuern zu veranlassen, wonach den Handelskammern wenigstens der unmittelbare Verkehr mit den für ihren Bezirk zuständigen ausländischen Konsulaten gestattet wird. Die Kammern erklärten sich hiermit einverstanden.

Enteignung von Brennstoffen. Die im Monat Januar 1921 vom Kohlenamt durchgeführten Enteignungen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 10 Fällen von Erfolg. Insgesamt wurden 630 Zentner Brennstoffe — 3 1/2 Tonne enteignet.

Walter im "Schild". Am 23. November d. J. wurde das Geschäft des Kaffeehändlers Hermann Richard Thomas aus Neuzossitz bei Osch auf der Straße zwischen Grimma und Reunitz von einem Vandalen zerstört. Der Schaden betrug 202 Stück Butter gebraten und beschlagnahmt, die Thomas bei den Gutsbesitzern hinterher aufgekauft hatte, um sie nach Leipzig schaffen zu lassen, wo ein schönes Geschäft zu verdienen gewesen wäre. Das Geschäft war für Thomas um so bequemer, da seine Frau Butterhändlerin für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Grimma war und er selbst mit den Gutsbesitzern sehr bekannt ist. Diesen Umstand des schändlichen Mißbrauchs einer Vertrauensstellung zog das Landgericht, vor dem Thomas sich wegen Schleichhandels zu verantworten hatte, strafschärfend in Berücksichtigung und erkannte auf drei Monate Gefängnis und 10 000 M Geldstrafe, außerdem wurde die Publikation des Urteils angeordnet.

Der Scherkerverein der Westsächsler hielt am Sonnabend, den 29. Januar, in den Kammern des Zentraltheaters wieder einen Familienabend ab. Im Mittelpunkt desselben stand ein Vortrag über Das Geheimnis von Schöpfel und Rumpf von Herrn Dr. Adrian Mohr. In Hand von Lichtbildern erklärte der geschätzte Redner den zahlreich erschienenen Mitgliedern und Gästen, was es schon und was

es Rumpf". Ferner brachte ein Quartett, 1. und 2. Mandoline, Mandola und Laute, verschiedene Vortragsstücke recht wirksam zu Gehör. Dazwischen erstarrte die heimische Konzertsängerin Frau Grete Lehmann-Höbel, am Klavier verständnisvoll begleitet von Herrn Josef Köhner, mit Liedern von F. Schubert ("Der Rosenkranz"), R. Schumann ("Schneeglöckchen"), M. Roger ("Waldeinsamkeit"), v. Hof ("Winterlied"); im 2. Teil bot die beliebte Sängerin äußerst ausdrucksvoll Brahmsche Volkslieder. Lebhafter Beifall belohnte die Mitwirkenden für ihre Darbietungen. Den gutgelungenen Abend beschloß ein flottes Tanzchen, in dessen Pausen von der Jugendgruppe "Leuband" rhytmische Tänze und Gesangsstücke geboten wurden.

Schwerer Raubmord in Chemnitz

Am Donnerstagabend in der 7. Stunde wurde von 70-Jährigen des Hauses Weststraße 37 die dort im Erdgeschoss wohnende, 70 Jahre alte Putzfrau Lena Richter, eine Schwester des früheren Chemnitzer Oberpostdirektors, mit schweren Verletzungen am Kopfe blutüberströmt an der Klinke der Kuchentür hängend aufgefunden. In einer Wunde wurde nach der abgedruckten Spitze einer Schusterbohrer gefunden. Es liegt Raubmord vor. Der Wundschmerz war aufgebrosen und durchwühlte. Am Tatort wurde ferner eine Kasse mit den Wertpapieren der Ermordeten aufgefunden. Zweifellos wurde der Mörder nach vollbrachter Tat geflüchtet. Er ist durch ein nach der Straße zu gelegenes Fenster ankommen.

t. Pläne d. MSHA. 4. Februar. Kommunalisierung des Begräbniswesens. Der Gemeinrat nahm einen Antrag an, der die Kommunalisierung des Begräbniswesens fordert.

Verkehr der Berliner Straßenbahn

Die B. S. meldet: Man denkt an die Rückführung der Berliner Straßenbahn, wenn auch nicht völlig in die private Hand, so doch in gemischtwirtschaftliche Verhältnisse. Zu diesem Zweck sind bereits mit führenden Industriefirmen Verhandlungen angebahnt worden, über deren Erfolg sich im Augenblick allerdings noch nichts sagen läßt. Man rechnet auch mit der Möglichkeit, daß die Reichsregierung zur Sanierung der Straßenbahn Mittel zur Verfügung stellen würde, ein Gedanke, der wohl kaum Aussicht auf Erfolg haben dürfte. Daneben tauchen, wenn auch vorläufig noch in weiter Ferne, bereits gewisse Auslandskombinationen auf, d. h. es ist nicht ausgeschlossen, daß ausländische Industriegesellschaften ein Interesse an der Straßenbahn nehmen.

Fahrgeldermäßigung auf den Thüringischen Kleinbahnen. Die Zentralverwaltung der Thüringischen Kleinbahnen, zu denen fast die gesamten Thüringischen Kleinbahnen gehören, hat auf einen großen Teil ihrer Bahnen am 1. Februar d. J. die Personalfahrtpreise ermäßigt, während die Erpreiszuschüsse vom gleichen Tage ab erhöht wurden.

Ein doppelter Reinfall. Zwei Unbekannte hatten von einem Müller in Oroschitz 45 Zentner Mehl zum Preise von 400 M für den Zentner gekauft und die Kaufsumme durch einen Scheck beglichen. Bei der Einlösung des Schecks durch den Müller erntete sich das Papier als gefälscht. Der Müller und auch sein Sohn wurden festgenommen.

120 000 M unterschlagen. Der Vorsitzende des Beamten- und Angestelltenrates der Stadt Essen, Grasshoff, der in Ostpreußen Kurland einhaupte sollte, wurde in Königsberg unter dem Verdacht verhaftet, von dem ihm anvertrauten Gelde 120 000 M veruntreut zu haben.

Unfallsfall infolge Unvorsichtigkeit. Etwa 30 Arbeiter waren bei Wattweiler damit beschäftigt, die durch den Krieg und die Schrecken zerstörten Waldwege wieder in Ordnung zu bringen. Ein Arbeiter schlug dabei auf ein aufgefundenes Sprenggeschloß, das sofort explodierte und ihn auf der Stelle tötete, während mehrere andere Arbeiter durch Sprengstücke verwundet wurden.



Wohlfeile Woche

Veranstaltung - Beginn Montag

heißt unsere neue Verkaufs-

Wir bringen wohlfeile Waren zu wohlfeilen Preisen

Vorverkauf heute

Große Auslagen		Einige Beispiele:	
Elegante Zephyrblusen mit Hochkragen, rosa und hellblau	42 ⁰⁰	Küchen-Garnituren aus gutem Messing mit rotem und blauem Beschlag, 5 teilig	88 ⁵⁰
Mollige Hausblusen offen u. geschlossen zu tragen, mittelgrau u. hellmode	54 ⁰⁰	Küchenhandtücher gezeichnet	24 ⁵⁰
Selbstbinder breite lange Form, Kunstseide, in verschiedenen Farben . . . 12.50	9 ⁵⁰	Modernes Leinenbriespapier Damenformat "Marke Schwertleinen", 25 Bg., 25 unübersichtliche Umschläge, Packung	3 ⁵⁰
Regattes in verschiedenen Farben, für Stab- und Stabumlegebogen	9 ⁵⁰	Modernes Leinenbriespapier Herrenformat "Marke Unübertraffen", 25 Bg., 25 unübersichtliche Umschläge, Packung	3 ⁹⁵
		Aluminium-Kaffeelöffel	55
		Aluminium-Eßlöffel	95
		Waschbretter mit guter Einkleinlage	8 ⁷⁵
		Volks-Badewannen verjinkt	195 ⁰⁰
		Glühstrümpfe II für Stab- und Hängelicht	2 ⁸⁵

Amliche Bekanntmachungen

11. auf Blatt 1925, bez. die Firma Gabel & Co. in Leipzig; Dr. Hans Johann Schmalz...

12. auf Blatt 1926, bez. die Firma Gabel & Co. in Leipzig; Dr. Hans Johann Schmalz...

13. auf Blatt 1927, bez. die Firma Gabel & Co. in Leipzig; Dr. Hans Johann Schmalz...

14. auf Blatt 1928, bez. die Firma Gabel & Co. in Leipzig; Dr. Hans Johann Schmalz...

Handels-Zeitung

Ergänzung zum Berliner Kurs am 4. Februar

Table with multiple columns listing market prices for various goods, including flour, oil, and other commodities.

Markberichte

Preussische Boden-Credit-Aktien-Bank in Berlin. Der Aufsichtsrat schlägt für das abgelaufene Jahr eine Dividende von wieder 7 1/2 Proz. vor...

Sport und Turnwesen

Reiferschafshämpfe der D. L. in Leipzig. Die Reiferschafshämpfe der Männer finden am 12. Februar in Leipzig statt...

Versteigerung

Versteigerung. Montag, 7. Febr. 1921, vorm. 10 Uhr. Reichelstr. 14. In freier Auktion veräußert folgende Gegenstände...

Der Dresdner Börse vom 4. Februar. An der heutigen Börse hielten die Kursrückgänge weiter an...

Versteigerung bei der Reichsbank-Gesellschaft. Die Reichsbank-Gesellschaft hat am 5. und 6. Februar in Zeitz ein...

Versteigerung. Montag, 7. Febr. 1921, vorm. 10 Uhr. Reichelstr. 14. In freier Auktion veräußert folgende Gegenstände...

Versteigerung. Montag, 7. Febr. 1921, vorm. 10 Uhr. Reichelstr. 14. In freier Auktion veräußert folgende Gegenstände...

Table with weather forecasts for Leipzig, including temperature, wind, and precipitation.

Paris, mit den... Die Dresdner Börse vom 4. Februar... Versteigerung...